

Aus dem AFET-Sondernewsletter 22.06.2017

Deutscher Bundestag beschließt eine AG „Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern“

Am Donnerstag, dem 22.06.2017 hat der Deutsche Bundestag über den interfraktionellen Antrag der CDU/CSU, SPD und des Bündnisses 90/DIE GRÜNEN „Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern“ (DS 18/12780) beraten und ihn einstimmig beschlossen.

In seiner Rede verwies Eckhard Pols (CDU/CSU) auf die Prävention als Schlüssel zum Erfolg und forderte dafür gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Er ging auf die Schnittstellenprobleme, Kooperation und Koordination der Hilfe für Kinder psychisch kranker Eltern ein.

Er begrüßte die zeitlich befristete interdisziplinäre Arbeitsgruppe unter Beteiligung der zuständigen Ministerien (BMFSFJ, BMAS, BMG), relevanter Fachverbände und -organisationen sowie weiterer Sachverständiger.

Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) richtete ihren Dank an die Verbände für ihre Unterstützung und Expertise. Die Arbeitsgruppe solle Lösungsansätze aufzeigen, um künftig eine optimale interdisziplinäre Versorgung zu gewährleisten und Kinder flächendeckend versorgen.

Die Komplexität der Lebenslagen und des daraus resultierenden Handlungsbedarfs von Kindern psychisch kranker Eltern verdeutlichte Ulrike Bahr (SPD) an einem Fallbeispiel. Die Arbeitsgruppe solle Schnittstellen identifizieren, Vorschläge für Vernetzung erarbeiten und Regelungslücken benennen. Die Aufgabe für die nächste Wahlperiode sei, darauf aufbauend ein Rahmenkonzept zu erarbeiten. In ihrer Rede bedankte sie sich beim AFET – Bundesverband für Erziehungshilfe e.V. und dem Dachverband Gemeindepsychiatrie für die jahrelange, beharrliche Begleitung und die Lobbyarbeit.

Am 16.01.2014 reichte der AFET gemeinsam mit dem Dachverband Gemeindepsychiatrie und dem Institut für Gesundheitsforschung und Soziale Psychiatrie der katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen einen von 17 bundesweiten Akteuren unterschriebenen **Antrag** auf Einrichtung einer Sachverständigenkommission „Hilfen für Kinder und Familien mit psychisch kranken Eltern“ beim Gesundheitsausschuss und dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages ein. Die federführenden AntragstellerInnen beschäftigen sich seit langem mit der Versorgungssituation dieser öffentlich wenig sichtbaren Gesundheits- und Familienprobleme und bündeln Wissen und Erfahrung durch Netzwerkarbeit auf verbandlicher, institutioneller, kommunaler und Länderebene.

„Mein Dank gilt den engagierten Unterstützerinnen und Unterstützern des Deutschen Bundestages, nun kommen wir unter Federführung des Familienministeriums und des Gesundheitsministeriums einen wichtigen Schritt voran!“ so Jutta Decarli, Geschäftsführerin des AFET.